

Stabilitätspakt, Lissabon-Ziele und Euro-Erweiterung

Die Wirtschaftspolitik der EU in Fachaufsätzen und Fachbeiträgen, 2. Halbjahr 2004

Ognian N. Hishow

Nachdem sich die Aufregung um die EU-Osterweiterung gelegt hat, rücken die Zukunft des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie die Lissabon-Strategie der EU wieder in den Mittelpunkt der Debatte über die weitere wirtschaftspolitische Ausrichtung der Union. Flankierend wird in der Fachliteratur mit wachsender Intensität über die wechselkurspolitische Strategie der neuen EU-Mitglieder angesichts ihres bevorstehenden Beitritts zur Wirtschafts- und Währungsunion (Euro-Einführung) diskutiert.

Die Debatte unter den europäischen Ökonomen konzentrierte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2004 wieder einmal auf die ungelösten Probleme des Euro-Stabilitätspaktes. Das *Journal of European Public Policy* widmete in seinem Oktoberheft dem Thema unter dem Obertitel »Revising the Rules: The Stability Pact and the Construction of European Economic Governance« gleich mehrere Aufsätze.

Martin Heipertz und **Amy Verdun** erklären die Notwendigkeit des Paktes in ihrem Beitrag »The Dog that Would Never Bite« mit den Erfahrungen der siebziger Jahre, als im Zuge der Umsetzung der *Keynesian revolution* hohe Staatsausgaben, ausufernde Budgetdefizite und daraus folgend steigende Zinssätze das Wachstum abwürgten und die Volkswirtschaften der Industrieländer in die Stagflationsfalle trieben. Die Spezifika der Eurozone – ein

Bund nationaler Volkswirtschaften mit nationalen wirtschaftspolitischen Prioritäten, aber ohne das Instrument des Wechselkurses – machten das Instrument des Paktes vollends unverzichtbar: Lockere nationale Budgetpolitik erzeuge, insbesondere im Falle der großen kontinentalen Volkswirtschaften, Abwertungsdruck, der über die gesamte Euro-Zone verteilt nicht den »Sünder« allein bestrafe. Dieser verminderte Disziplinierungseffekt verstärkte die ohnehin verbreitete Neigung, höhere Defizite entstehen zu lassen (deficit bias). Die Verlockung, externe Effekte auf Kosten der Partner zu internalisieren, fördere eine Trittbrettfahrer-Mentalität. Deshalb sei erst recht ein exogenes Steuerungsinstrument in Form des Stabilitätspaktes erforderlich.

Angesichts dieser Zusammenhänge artikulieren die meisten Kritiker keine radikalen Forderungen mehr, wie zum Beispiel

die nach einer Abschaffung des Paktes. Die neuere Forschung befaßt sich vielmehr verstärkt mit der Analyse des dem Pakt eigenen Problems des »one-size-fits-all«.

David Mayes und **Matti Virén** legen mit ihrem Artikel »Pressures on the Stability and Growth Pact from Asymmetry in Policy« eine vergleichende Untersuchung der Reaktionsfähigkeit der Eurozone-Ökonomien auf wirtschaftspolitische Maßnahmen bzw. auf makroökonomische Schocks vor. Auf der Makroebene habe eine (durch lockere Budgetpolitik ausgelöste) Straffung der Geldpolitik um einen Prozentpunkt einen breit gestreuten Effekt: Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) variere je nach Land zwischen 0,5 und 3,8 Prozentpunkten. Die Autoren verweisen auf Modellrechnungen, wonach eine weitere Verschuldung des Staates im Interesse der Aufrechterhaltung der Beschäftigung oder der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in konjunkturellen Abschwungphasen ebenfalls je nach Land unterschiedlich wirke. In Ländern mit einem kleineren öffentlichen Sektor könne ein vorübergehendes *deficit spending* positive Wirkungen haben. Für die meisten jener Länder der Eurozone, die einen großen Anteil von Beschäftigten im Staatsdienst aufweisen, dürfte dies dagegen kontraproduktiv sein. Für einige Länder sei eine Kürzung der Beschäftigung bei der öffentlichen Hand sogar wünschenswert. Nach Schätzungen für den Zeitraum 1960–1996 habe eine einprozentige Erhöhung der Beschäftigung im öffentlichen Sektor Deutschlands zum Rückgang der Wirtschaftsleistung des Privatsektors zwischen 0,06% und 1,5 Prozentpunkten geführt.

Allerdings könne die Politik der EU-Kommission, Haushaltsdisziplin zu erzeugen, unterschiedliche Ergebnisse zeitigen: Ausgabenkürzungen könnten wirkungslos verpuffen, wenn sich ein Land in der Abschwungphase befindet. Umgekehrt könnten Sanierungsmaßnahmen raschen Erfolg bringen, wenn ein Partner in einer besseren konjunkturellen Lage ist. Der implizite Schluß: Sanktionen der Kommission, die

»im Paket« mehrere Defizitsünder betreffen, könnten im Vergleich zum Einzelfallvorgehen prozyklisch wirken.

Eine ähnliche Argumentationslinie vertreten **Marco Buti** und **Lucio R. Pench** in ihrem Artikel »Why Do Large Countries Flout the Stability Pact?« im Dezemberheft 2004 des *Journal of Common Market Studies*. Unter Berufung auf eine sogenannte *French school* mit Keynesianisch geprägten Präferenzen führen die Autoren – beide beim Directorate General for Economic and Financial Affairs der EU – aus, daß die Kosten der fiskalischen Konsolidierung in den großen Volkswirtschaften höher ausfallen. Insofern würden diese Länder bei der Einhaltung des Paktes auch schlechter abschneiden als kleine Volkswirtschaften. Der »Brüssel-Frankfurt-Konsens« – eine Anspielung auf den als neoklassisch kritisierten Washingtoner Konsens – der Haushaltsanierung bei simultaner Reform des Sozialstaates, wie sie von der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB) gefordert werden, würde nur in kleinen Volkswirtschaften funktionieren. In ihnen sei die beste Wachstumspolitik eine Angebotspolitik; dagegen hätten staatlich induzierte Nachfrageimpulse in solch kleinen und folglich weit offenen Ökonomien wegen der vergleichsweise großen und exogen bestimmten Exportnachfrage nur begrenzte Wirkung. Empirische Untersuchungen bestätigten, daß die Wachstumswirkung einer einprozentigen Erhöhung der Staatsausgaben in Deutschland, Frankreich und Italien größer sei als in Ländern wie Belgien, Österreich und den Niederlanden.

Die Autoren plädieren jedoch nicht für eine Verwässerung des Stabilitätspaktes. Im Gegenteil: Sie favorisieren vielmehr eine Harmonisierung der Fiskalpolitiken der Euroland-Mitglieder, weil so den deflationären Folgen einer fiskalischen Zurückhaltung und somit einer Beeinträchtigung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch eine expansive Geldpolitik begegnet werden könne. Allerdings sei kein Land, auch ein großes nicht, allein in der Lage, die Geldpolitik zu beeinflussen. Eine von

allen gemeinsam getragene Konsolidierung würde den zinspolitischen Spielraum dagegen günstig beeinflussen und sich letztlich in Form von mehr Wachstum im gesamten Euro-Gebiet auszahlen.

Im selben Heft des *Journal of Common Market Studies* fordert **Henrik Enderlein** »Break It, Don't Fix It!«. In einer Währungsunion hätten die Regierungen lediglich das Steuerungsinstrument der Fiskalpolitik zur Hand, da die EZB bei der Formulierung und Umsetzung wirtschaftspolitischer Ziele ausschließlich Euroland-Durchschnittswerte berücksichtige. Insbesondere für Länder mit einer niedrigen Inflationsrate wirke die Geldpolitik somit pro-zyklisch. Dieser Effekt werde teilweise ausgeglichen, da bei niedrigen Inflationsraten die Wettbewerbsfähigkeit von Anbietern aus solchen Ländern steige. Nur sei ersterer Effekt gewichtiger als letzterer. Das betreffe insbesondere die deutsche Wirtschaft mit ihren im Vergleich zu allen anderen Euroländern niedrigsten Inflationsraten und höchsten Realzinsen. Enderlein befürwortet die Aufgabe der derzeitigen »hard rules« zugunsten noch zu präzisierender »soft rules«. Um die Verlockung des budgetpolitischen Trittbrettfahrers von vornherein auszuschließen, müssten die Mitgliedsländer zu der Einsicht bewegt werden, daß die nationale Fiskalpolitik Gemeinschaftsinteressen berührt.

In die gleiche Richtung geht die Polemik des engagiertesten und wohl prominentesten deutschen Kritikers des Stabilitätspaktes in seiner aktuellen Form. **Peter Bofinger**, Professor an der Universität Würzburg und »Wirtschaftsweiser«, hat sich in mehreren Aufsätzen für eine Neufassung des Paktes ausgesprochen, der wegen seiner Rigidität kaum geeignet sei, den Konjunkturzyklus zu stabilisieren. In einem gemeinsam mit seinem Lehrstuhlmitarbeiter **Eric Mayer** verfaßten Aufsatz »The Stability and Growth Pact. Time to Rebuild!« verdeutlicht er seine Position und unterbreitet Reformvorschläge. Die fundamentale Annahme des Paktes, daß hohe Haushaltsdefizite mit hohen Inflationsraten verbunden sind, sei falsch. Anhand

eines Modellsystems, eingebettet in ein *New Keynesian Framework*, zeigt Bofinger auf, daß die Drei-Prozent-Regel destabilisierend auf den Konjunkturzyklus wirke. Ferner kritisiert er, daß der Pakt als Alarmsystem bei exogenen Schocks wirke. Nur wenn das Defizitkriterium und das Inflationsziel der EZB verletzt seien, könne geschlußfolgert werden, daß eine ungesunde Fiskalpolitik zu korrigieren sei. Bofinger regt an, die – für Deutschland derzeit typischen – Budgetdefizite von mehr als 3% des Bruttoinlandsprodukts in Kombination mit niedrigem Wachstum lediglich als Nachfrageschwäche und folglich als unproblematisch zu interpretieren.

Lissabon-Strategie

Vielleicht liegt es an dem relativ langen Zeitraum, der für die Umsetzung der Lissabon-Agenda im Jahr 2000 festgelegt wurde, daß es in der Zeit danach ruhig wurde um dieses ehrgeizige EU-Projekt. Der Termin 2010, zu dem die EU-Wirtschaft zur dynamischsten wissensbasierten Ökonomie der Welt geworden sein soll, schien in weite Ferne entrückt. Erst als die für 2005 angesetzte Halbjahresbilanz des Lissabon-Prozesses allmählich fällig wurde, begann das Thema wieder an Aktualität zu gewinnen.

Der **Internationale Währungsfonds** untersucht in seinem Länderbericht vom August 2004 »Euro Area Policies: Selected Issues« anhand der Lissabon-Strategie die unterschiedliche Bereitschaft von Ländern, Strukturreformen durchzuführen. Sowohl in der EU-15 als auch in der EU-25 zeigten sich die kleineren Volkswirtschaften reformfreudiger. Allerdings könnten sich auch die großen Länder dem Reformprozeß nicht entziehen, da in einem System integrierter Produktmärkte wie in der EU die Produktmarktliberalisierung auf dem Wege sinkender Produktrenten auch zur Liberalisierung der Arbeitsmärkte zwingt. Die Vollendung des Binnenmarktes erzeuge demnach massiven Reformdruck.

Nach der Hypothese der Autoren des Länderberichts lösen Reformmaßnahmen in einem Land *spillover*-Effekte in allen anderen aus, wobei die nicht reformierten Ökonomien Wachstums- und Einkommenseinbußen hinnehmen müßten. Das spreche für eine EU-weite Koordinierung des Reformprozesses. Allerdings ergäben sich aus der Natur des europäischen Modells einer konsensbasierten Marktwirtschaft starke Reformwiderstände, da die Politik mit zweierlei Zielkonflikten fertigwerden müsse: nämlich zwischen der Verletzung der Interessen von kleinen, aber gut organisierten Gruppen zugunsten des »diffusen« Allgemeinwohls und zwischen kurzfristigen politischen und sozialen Kosten und unsicherem langfristigem Nutzen.

Auch sei das Arsenal der Mittel der Regierungen begrenzt, der Bevölkerung den Reformprozeß schmackhaft zu machen. Sie könnten mit Kompensationsversprechungen an die Adresse der Verlierer für die Reformen werben. Sobald diese aber implementiert seien, könnte die Gewinnermehrheit die Leistung solcher Kompensationen verweigern.

Die Studie stellt eine verbreitete Neigung fest, am Status quo festzuhalten (*status-quo bias*). In den Schlüsselfeldern »wissensbasiertes Wachstum«, »Beschäftigung« und »ökonomische Umsetzung des Umweltschutzes« bleibe die Union hinter ihren Zielen zurück:

- ▶ die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität sei niedriger als in den USA, teilweise wegen unzureichender Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien;
- ▶ die anvisierte Beschäftigungsrate von 67% im Jahr 2005 werde wegen der zögerlichen Schaffung von Arbeitsplätzen wohl nicht realisiert werden können;
- ▶ der Anteil der erneuerbaren Energien sei mit derzeit 6% weit von dem gesteckten Ziel von 12% entfernt, darunter 22% in der Elektrizitätserzeugung.

Abschließend gibt die Studie Verbesserungsempfehlungen, die überwiegend

auf eine Stärkung des Zentrums (Kommission) gegenüber den Subebenen (nationalen Regierungen) innerhalb des Lissabon-Prozesses abzielen. Eine Überbetonung des Subsidiaritätsprinzips bei der Umsetzung von Maastricht und Lissabon zu Lasten der »harten« Koordinierung gereiche dem Reformprozeß zum Nachteil. Zugleich sollten alle bisherigen Instrumente der »weichen« Koordinierung wie die offene Koordinierungsmethode (OMC), *peer pressure* und Monitoring aggressiver eingesetzt werden.

Auch das **Weltwirtschaftsforum**, eine unabhängige internationale Stiftung, zieht eine Bilanz der Lissabon-Agenda. In ihrer Studie »The Lisbon Review 2004: An Assessment of Policies and Reforms in Europe« legen **Jennifer Blanke** und **Augusto Lopez-Claros** eine vergleichende Untersuchung vor, die neben den alten auch die neuen Mitglieder sowie drei Beitrittskandidaten (Bulgarien, Rumänien, Türkei) einbezieht. Das Abschneiden der Mitgliedsländer bzw. der EU als Ganzes wird anhand eines Punktesystems bewertet und das Ergebnis dem Referenzwert der USA gegenübergestellt.

Die Länderpunkte wurden auf der Basis der Befragung von Führungskräften in 100 Ländern sowie durch Auswertung statistischen Datenmaterials ermittelt. Ferner wurden der OECD-Durchschnitt und die selbstgesteckten Ziele der EU-Kommission herangezogen. Der Benchmarkvergleich mit den USA belegt, daß die EU-15 im Bereich der nachhaltigen Entwicklung (Umwelt) leicht führt und bei den Netzindustrien (Mobilfunk) mithalten kann. In den übrigen Bereichen ist der Abstand mehr oder minder groß, allerdings wird der Durchschnitt dem Zustand der einzelnen Länder nicht immer gerecht. Die drei skandinavischen EU-Mitglieder schneiden am besten ab und können in den meisten Feldern mit Amerika konkurrieren. Die Beitrittsländer erzielen im Durchschnitt höhere Gesamtwerte als die vier am schlechtesten bewerteten EU-15-Mitglieder.

Die Autoren regen an, die Anstrengungen auf die Verbesserung des Wettbewerbs-

umfeldes in der EU zu konzentrieren, sehen jedoch von detaillierten Empfehlungen ab.

Das **European Policy Centre (EPC)** mit Sitz in Brüssel hat sich in einer Reihe von Studien ebenfalls mit dem Lissabon-Prozeß befaßt. Im jüngsten Zwischenbericht vom 27. Oktober 2004 untersucht eine eigens für die Analyse des europäischen Wachstumsprozesses aufgestellte European Growth Task Force den Platz Europas in der Weltwirtschaft und die damit verbundenen Herausforderungen für die europäische Wirtschaftspolitik. Nach Auffassung der Autoren muß die Lissabon-Agenda die europäische Antwort auf diese Herausforderungen sein. Bisher sei die Agenda jedoch nicht sonderlich erfolgreich gewesen. Da Lissabon nicht in das Massenbewußtsein vorgebracht sei, werde es zusehends als ein Eliten- oder zumindest elitäres Projekt perzipiert, das heißt als eine Sache der Brüsseler (und/oder der nationalen) Bürokraten. Zugleich und paradoxerweise sei aber Lissabon bislang mehr auf einer abstrakten politischen Ebene erörtert worden. Die Bürokratie, die mit Erlassen, Anordnungen und Verwaltungsakten für Implementierung sorgen könnte, sei bisher nicht erreicht worden. Hinzu kämen weitere Erschwernisse, wie die Diskussion um den Stabilitäts- und Wachstumspakt, der von vielen mit Defizitproblemen kämpfenden Regierungen als Alibi für die zögerliche Umsetzung von Lissabon benutzt werde.

Abschließend empfiehlt die Studie, in der zweiten Hälfte des bis 2010 verbleibenden Zeitraums den Lissabon-Prozeß besser zu kommunizieren und seine Umsetzung auf der Ebene der nationalen Bürokratie zu beschleunigen. An die europäischen Hauptakteure der EU – Rat, Kommission, Parlament, Wirtschafts- und Sozialausschuß, Ausschuß der Regionen – wird appelliert, Lissabon besser und tiefer in den politischen Entscheidungsprozeß zu integrieren.

In seinem Herbstgutachten 2004 schreibt das EU-kommissionsnahe **European Forecasting Network (EFN)**, ein Zusammenschluß westeuropäischer Wirt-

schaftsforschungsinstitute und Ökoniefakultäten, daß insbesondere wegen des unzulänglichen Abschneidens der großen kontinentalen Volkswirtschaften die Lissabon-Zwischenergebnisse enttäuschend ausfielen. Das Gutachten mit dem Titel »The Euro Area and the Lisbon Strategy« arbeitet immerhin einige Fortschritte heraus: Steigerung der Beschäftigungsrate, Weiterentwicklung des Binnenmarktes für Telekommunikation und Versorgungsdienstleistungen und weniger staatliche Unterstützung für Verlustunternehmen.

Die meisten Fortschritte seien allerdings unabhängig von der Lissabon-Agenda erzielt worden. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sei in jenen Ländern mehr Beschäftigung bewirkt worden, die ihre Arbeitsmärkte einer Strukturreform unterzogen hätten, allen voran Spanien und die Niederlande. Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben seien in Ländern mit einem traditionell starken Forschungssektor – Deutschland, Finnland, Frankreich und Schweden – erhöht worden, während die Länder mit Rückstand kaum vorangekommen seien. Auch ist der Wirtschaftsstandort Europa aus der Sicht der Unternehmen trotz Lissabon nicht attraktiver geworden. Und schließlich könne man mit den Erfolgen gemessen an den gesetzten Zielen nicht zufrieden sein.

Das EFN faßt seine Empfehlungen an die Politik in einem eigenen Kapitel (»Can the Lisbon-Strategy be Repaired?«) zusammen. Die Anstrengungen sollten auf drei Felder konzentriert werden: die Beschäftigungspolitik, die Deregulierung der Güter- und Dienstleistungsmärkte, um die Vollendung des Binnenmarktes zum Abschluß zu bringen, sowie die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation. Die Studie befürwortet die Übertragung der Verantwortung für bestimmte schwierige Aufgaben wie Privatisierung, Subventionierung unrentabler Betriebe und Übernahmen durch ausländische Wettbewerber auf die EU-Ebene und spricht sich dafür aus, das bisherige »weiche Vorgehen« aufzugeben. Dies würde Bürokratismus und Lobbyieren

erschweren und die Segmentierung der nationalen Märkte überwinden helfen.

Dagegen wird für den Bereich der Deregulierung der Arbeitsmärkte die Beibehaltung des nationalen Vorgehens befürwortet, da hier jegliches Aufstülpen von zentralen Lösungen kontraproduktiv sein könnte. Schließlich fordern die Autoren europaweit deutlich mehr Mittel für Forschungszentren und Universitätsneugründungen, um im Einklang mit der zentralen Zielsetzung der Lissabon-Strategie die Wissenskomponente des Wachstums auszubauen.

Der Euro und die Neuen

Im Unterschied zu den EU-15-Mitgliedern Dänemark, Großbritannien und Schweden, die entweder aufgrund einer Opt-out-Klausel im Maastricht-Vertrag oder durch Nichteinhaltung des Vertrags die Gemeinschaftswährung Euro nicht eingeführt haben, sind die Beitrittsländer aus Mittel- und Osteuropa (MOEL) verpflichtet – und entschlossen –, den Euro bald zu übernehmen.

Der Übergang der neuen EU-Mitglieder vom nationalen zum Gemeinschaftswährungsregime wird in der Literatur entlang zweier unterschiedlicher Argumentationslinien diskutiert. Während in der Forschung unbestritten ist, daß dieser Wechsel die Anfälligkeit für exogene Schocks zumindest vorübergehend erhöht, sind die Meinungen über die wechselkurspolitischen Voraussetzungen für die Euro-Übernahme geteilt. Um langfristig störungsfrei am gemeinsamen Währungsraum teilnehmen zu können, müssen die Beitrittsökonomien einer Vielzahl von Kriterien genügen. Die wesentlichen Kriterien sind die Ähnlichkeit der Wirtschaftsstrukturen, der Grad der Handelsintegration, die Flexibilität des Arbeitsmarktes und die Tiefe der Finanzintegration.

Im Hinblick auf einen solchen optimalen Währungsraum (OWR) äußern **Paul De Grauwe** und **Gunther Schnabl** im Forum »Eastward Enlargement of the Euro Zone« im HWWA-Wirtschaftsjournal *Inter-*

economics Skepsis, daß bei einer strikten Anwendung der OWR-Kriterien eine Währungsunion zwischen den alten und neuen Mitgliedern derzeit wünschenswert sei. Mit der Heterogenität der EU-25 sei auch die Wahrscheinlichkeit asymmetrischer Schocks gestiegen, welche die Unionsmitglieder unterschiedlich treffen würden. Zugleich stellen die Autoren die Frage, ob eine strikte Kriterienanwendung für die kleinen offenen Ökonomien der Beitrittsländer angemessen sei. Da diese Länder das Weltpreinsniveau nicht beeinflussen könnten, hätte die Einführung flexibler Wechselkurse für sie den Nachteil einer hohen Preisvolatilität und damit von Wachstumsverlusten. Eine Wechselkursbindung durch Euroübernahme senke die außenwirtschaftlichen Kosten und stabilisiere die Wirtschaftsleistung. De Grauwe und Schnabl berufen sich auf eigene ökonometrische Untersuchungen, wonach stabile Wechselkurse in den Beitrittsländern in weniger Inflation und mehr Wachstum resultierten. Ferner fördere Wechselkursstabilität EU-weit den Handel und die Kapitalmarktintegration, was die negativen Wirkungen makroökonomischer Schocks abfedern helfe.

Demnach seien die kleinen Länder mit Wechselkursbindung (Currency board Arrangement) – Estland und Litauen sowie Slowenien, das seine Währung stillschweigend an den Euro gebunden hat – besser auf die Euro-Übernahme vorbereitet. Die größeren Volkswirtschaften Polens, Tschechiens und Ungarns sowie die restlichen Länder mit flexiblen Wechselkursen würden einen längeren Übergangszeitraum benötigen, um die Konvergenzkriterien einer geringen Wechselkursschwankung und einer niedrigen Inflationsrate simultan zu erfüllen.

Im selben Heft von *Intereconomics* schreiben **Michael Bolle** und **Thomas Meyer**, daß die von den meisten Beobachtern geteilte Ansicht, die EU-25 sei kein OWR, nicht als Argument gegen einen gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum taue. Zwar verliefen die Konjunkturzyklen nicht syn-

chron, Lohn- und Preisflexibilität seien gering und Arbeitskräftewanderungen unwillkommen. Dennoch solle man nicht die Bereitschaft der Menschen unterschätzen, sich neuen Bedingungen anzupassen. Ein von der Währungsunion ausgehender Anpassungsdruck trage zur Entstehung des OWR bei. Die Autoren stellen die Gewinne und Verluste der Euroraumerweiterung einander gegenüber und plädieren für ein sorgfältiges Management der Euroeinführung. Auf der Gewinnseite etwa werden die positiven Effekte des zunehmenden Intra-EU-Handels auf das Wachstum verbucht. Die Einhaltung der nominalen Konvergenzkriterien »geringe Inflationsraten« und »geringe Haushaltsdefizite« könne mit Wachstumsverlusten verbunden sein. Allerdings müssten sie nur für den Zeitraum eines Jahres vor der Euroübernahme eingehalten werden.

Vor allem müsse die Europolitik der Regierungen der Bevölkerung nahegebracht werden: Im Interesse der politischen Akzeptanz müssten sich beispielsweise defizitreduzierende Politiken an anderer Stelle rentieren, etwa in Form einer Senkung von Risikoprämien bei Investitionen. Zusätzliche ausländische Direktinvestitionen könnten somit die durch die Haushaltskonsolidierung verursachten Wachstumsverluste wieder wettmachen. Die Autoren räumen indes ein, daß es keine Patentstrategie gebe. Sie schließen mit der Bemerkung ab, daß eine problemlose Euroübernahme illusorisch sei. Dennoch könne dafür gesorgt werden, daß die Wähler die Schwierigkeiten akzeptieren, indem man ihnen die langfristigen ökonomischen und politischen Vorteile vor Augen führe.

Besprochene Aufsätze und Beiträge

- Blanke, Jennifer/Lopez-Claros, Augusto**, The Lisbon Review 2004: An Assessment of Policies and Reforms in Europe, Genf: World Economic Forum, Global Competitiveness Programme, 2004
- Bofinger, Peter/Mayer, Eric**, The Stability and Growth Pact. Time to Rebuild!, Würzburg, November 2004 (Würzburg Economic Papers No. 56)
- Bolle, Michael/Meyer, Thomas**, Euro Adoption and Growth in Central Europe: Managing a Political Process, in: *Inter-economics (HWWA)*, 39 (2004) 5, S. 236–241
- Buti, Marco/Pench, Lucio R.**, Why Do Large Countries Flout the Stability Pact?, in: *Journal of Common Market Studies*, 42 (Dezember 2004) 5, S. 1025–1032
- De Grauwe, Paul/Schnabl, Gunther**, EMU Entry Strategies for the New Member States, in: *Inter-economics (HWWA)*, 39 (2004) 5, S. 241–246
- Enderlein, Henrik**, Break It, Don't Fix It!, in: *Journal of Common Market Studies*, 42 (Dezember 2004) 5, S. 1039–1046
- EPC European Growth Task Force**, Ten Dos and Don'ts for Sustainable Growth in Europe, Interim Report, Brüssel, 27.10.2004 (EPC Issue Paper No. 18)
- European Forecasting Network (EFN)**, The Euro Area and the Lisbon Strategy, Brüssel, 24.9.2004 (EFN Report)
- Heipertz, Martin/Verdun, Amy**, The Dog that Would Never Bite, in: *Journal of European Public Policy*, 11 (Oktober 2004) 5, S. 765–780
- International Monetary Fund**, Euro Area Policies: Selected Issues, Washington, D.C., August 2004 (Country Report No. 04/235), <<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2004/cr04235.pdf>>
- Mayes, David/Virén, Matti**, Pressures on the Stability and Growth Pact from Asymmetry in Policy, in: *Journal of European Public Policy*, 11 (Oktober 2004) 5, S. 781–797

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380